

EU – WOHIN GEHST DU?

Kleiner Wert, großer Preis, doppelter Standard

Thomas Roithner

Ein Betrunkener lungert vor einem Schnapsladen herum. Er fordert von den Vorbeiflanierenden mit schwerer Zunge ein paar Euro für Essbares ein. Kann man ihm vertrauen? Sind die Euros gut investiert und in was? Natürlich, jeder Vergleich hinkt. Besonders jener mit der EU, dem Akteur sui generis, dem Einzigartigen in seiner Charakteristik. Viele fordern für die EU mehr Vergemeinschaftung und mehr Kompetenzen zur Lösung globaler Probleme ein. Sich um das „Essbare“ zu kümmern. Kann man ihr vertrauen? Sind die Euros gut investiert? Doch was würde die EU mit mehr Kompetenzen wirklich tun?

Ärgerliche EU

Mitte August ließ der [Standard](#) erheben, was die Österreicher am meisten ärgert. 59 Prozent aller Befragten bringt die EU auf die Palme. Ein Spitzenwert, der sogar noch zehn Prozent über jenem der Bundesregierung liegt. Die Politik der EU regt Österreich dreimal so viel auf wie die Politik der USA (20 Prozent ärgern sich darüber) und viermal so viel wie die Politik Deutschlands (14 Prozent). Die EU-Politik schafft es, das Fass sechsmal so rasch zum Überlaufen zu bringen wie der Ärger über Arbeitskollegen. All dies manchmal mit guten oder schlechten Gründen. Ein Kompetenzzuwachs für die EU liest sich unter diesen Voraussetzungen jedenfalls auf den ersten Blick wie eine gefährliche Drohung.

Multiple Krise

Ein Gutteil der Menschen in der Union erlebt nicht nur die aktuelle Flüchtlings- und Migrationskrise oder die schon fast chronisch erscheinende Finanz- und Wirtschaftskrise mittlerweile mit Gefühlen irgendwo zwischen Zynismus und Rage. Massive Krisenerscheinungen betreffen auch die Herausbildung einer supranationalen und wirklich spürbaren Demokratie, einer friedensfähigen und umweltverträglichen Energiepolitik, einer gerechten Verteilungspolitik und – auch ein Dauerbrenner – einer funktionierenden gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die tieferliegende Klammer dieser Krisenausprägungen wird im politischen Spektrum nicht nur links der Mitte mit einem bestimmten Fokus diagnostiziert. Reinhard Göweil sieht in der [Wiener Zeitung](#), dass die Welt „einen kapitalistischen Bock geschlossen“ hat. Statt Nachhaltigkeit und fairer Verteilung herrscht Spekulation. Statt Bildungs- und Sozialsysteme zu stärken wird das Geld von wenigen konsumiert, so Göweil. Dies einzig der EU in die Schuhe zu schieben – nichts leichter als das. Jedoch ist diese „keineswegs eine Getriebene der neoliberalen Globalisierung, sondern ein überaus mächtiger Liberalisierungstreiber“, so die Berliner Ökonomin Birgit Mahnkopf.

Werte der EU

Im ersten Artikel des [EU-Vertrages von Lissabon](#) nennt die Union die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte als Werte. So weit, so gut.

EU-Außenpolitik – das Tschingderassa doppelter Standards

Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist reich an Beispielen, bei denen die Werte der Union hochgehalten, in der Praxis jedoch offensichtlich gebrochen oder zumindest unterlaufen werden. Dass das Anheizen von EU-Rüstungsexporten nicht überall und für alle auf dem Globus Demokratie und Menschenrechte wahrt, ist den Medien beinahe täglich zu entnehmen. Seltener jedoch ist der Hinweis auf die Herkunft der Waffen. Exportinteressen im Allgemeinen und Rechtsstaatlichkeit sind nicht selten zwei Paar Schuhe. Auch die EU-Entwicklungspolitik und die globalen Wirtschaftsinteressen der EU sind in vielen Fällen nur sehr weit entfernt Verwandte.

Ein junges Beispiel betrifft die Ambitionen Österreichs zur nuklearen Abrüstung. Preist die aktuell gültige EU-Sicherheitsstrategie die guten Erfahrungen Europas mit Rüstungskontrollregelungen so endet die konkrete Unterstützung zur vollständigen nuklearen Abrüstung der meisten EU-Staaten im Zögern und Zaudern. Österreich hat mit dem so genannten „[Humanitarian Pledge](#)“ eine vielbeachtete Abrüstungsinitiative initiiert. Unterstützt wird dies aktuell bereits von 114 Staaten. Von den 28 EU-Staaten finden sich – neben Österreich natürlich – nur Zypern, Malta und Irland auf der [Liste](#). Auch wenn Frieden und Abrüstung nicht als Werte die EU genannt werden, so verstößt der Besitz von Atomwaffen von den wenigen Atombombenstaaten zumindest gegen den Wert der Gleichheit. Die im Frühjahr weitgehend ergebnislos zu Ende gegangene Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtweiterverbreitungsvertrages hat dies tragisch offenbart. Die Bündnisloyalität mit den USA, Großbritannien und Frankreich wiegt für die meisten EU-Staaten derzeit offenbar schwerer als das Ziel einer atomwaffenfreien Welt. Die Wertegemeinschaft EU ist wieder mal außenpolitisch gespalten und spielt hier leider keinen konstruktiven Beitrag zur globalen Abrüstung.

Welche Einigkeit?

Ende 2013 ist die EU zur Erkenntnis gekommen, dass ihre Instrumente der Finanz-, Handels-, Entwicklungs-, Justiz- oder Militärpolitik die gleichen Ziele verfolgen sollen. Genau das ist grundsätzlich ein sinnvoller Mehrwert der EU. Auch ein Begriff ist dafür gefunden: der [kohärente Ansatz](#). Die EU legt die Art des Marsches, jedoch kein Ziel fest. Die Effektivität kommt vor der Zielsetzung. EU – wohin gehst du?

Ein gängiges Erklärungsmotiv ist die Uneinigkeit der EU-28. Die Finalität der EU ist und bleibt ungeklärt. Bundesstaat oder Staatenbund? Intergouvernementalismus oder Supranationalismus? Oder eine vermeintlich

vereinte Gegensätzlichkeit wie Friedensnobelpreisträgerin und militärische Interventionsmacht?

Dass Werte wie Menschenwürde und Menschenrechte im Vertragswerk und Mauern gegen Flüchtlinge und militärische Flüchtlingsabwehr in der Praxis in einer Wertegemeinschaft Platz zu finden versuchen, lässt wichtige Teile der öffentlichen sowie auch veröffentlichten Meinung am europäischen Projekt zweifeln. „Und die EU beweist eben, dass sie weder europäisch noch eine Union ist. Jeder Staat rettet sich, so gut er kann. Weniger Solidarität war noch nie in Europa“, so Helmut Brandstätter kürzlich im [Kurier](#).

„Mehr deutsche Verantwortung“: Wirtschaft und Außenpolitik

Das globale Wahrnehmen deutscher Verantwortung in Ökonomie und Außenpolitik sind zwei Seiten einer Medaille. Begonnen hat die Verantwortungsdebatte in der Außenpolitik mit der deutschen Beteiligung am völkerrechtswidrigen NATO-Bombardement der Bundesrepublik Jugoslawien 1999 (Kosovo-Krieg) durch die Regierung von Gerhard Schröder und Joseph Fischer. Die jüngste Debatte um „mehr deutsche Verantwortung“ setzte im Herbst 2013 ein. Das vom Auswärtigen Amt geförderte und von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und vom German Marshall Fund (GMF) erarbeitete Papier [„Neue Macht – Neue Verantwortung“](#) liefert eine Reihe von Schlagwörtern, die seither von Bundespräsident Joachim Gauck, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Außenminister Frank-Walter Steinmeier aufgegriffen und weitergesponnen wurden. Den Weg „Vom Pappkameraden zum Militäreinsatz“ stellt die deutsche Friedensforscherin Corinna Hauswedell im eben erschienenen „Friedensgutachten 2015“ fest.

Die Verhandlungen mit Griechenland haben der Debatte um „deutsche Verantwortung“ eine neue Dimension verliehen. Der Grüne EU-Abgeordnete [Reinhard Bütikofer](#) ist der Ansicht: „Der herzlose, herrische und hässliche Deutsche hat wieder ein Gesicht, und das ist das von Schäuble“ während Jürgen Habermas dem britischen [Guardian](#) erklärte, dass er fürchte, die deutsche Regierung samt der sozialdemokratischen Fraktion hat „in einer Nacht alles politische Kapital verspielt, das ein besseres Deutschland in einem halben Jahrhundert angesammelt hat“. Auch Bundeskanzler Werner Faymann hat festgestellt, dass Deutschland in Bezug auf die Verhandlungen mit Griechenland [keine positive Rolle](#) gespielt hat.

Auf Basis seines Buches „Macht der Mitte“ skizziert der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa. Der „Zentralmacht“ würde es obliegen, „die zuletzt dramatisch angewachsenen Zentrifugalkräfte in der Union zu bändigen“, auch wenn sich weder die deutsche Politik noch die deutsche Gesellschaft dies gewünscht hätten. Frankreich als traditioneller Partner Deutschlands sei zurückgefallen und so sei in Folge kein Reservekandidat für diese Aufgaben bereit. „Scheitert Deutschland an den Aufgaben der europäischen Zentralmacht, dann scheitert Europa“, so Herfried Münkler in der [Frankfurter Allgemeinen Zeitung](#). Bei einer

weitgehend passiven oder isolationistischen Haltung vieler anderer EU-Staaten generiert sich ein Kerneuropa – oder eben die „Macht der Mitte“ – zur europapolitischen Bankrotterklärung.

Konkretisierung der Werte

Die allgemein im Vertrag von Lissabon genannten Werte müssen in einem breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess präzisiert und fokussiert werden. Und zwar tatsächlich breit. Der ursprünglich inkludierend geplante Prozess der Erstellung einer EU-Verfassung hatte sich nämlich in sein Gegenteil verkehrt. Der seinerzeitige luxemburgische Premierminister und heutige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker verdeutlichte dies in einem [Spiegel-Interview](#) im Jahr 2003: „Der Konvent ist angekündigt worden als die große Demokratie-Show. Ich habe noch keine dunklere Dunkelkammer gesehen als den Konvent.“

Den Werten sollten zu deren glaubwürdigeren Einhaltung unverrückbare Grundsatzzielsetzungen beigelegt werden. Im Bereich Außenpolitik ist dies die zivile Krisenprävention. Instrumenten der Frühwarnung (early warning) kommen bei der Ursachenbekämpfung eine zentrale Rolle zu. Reaktives Drüberbügelnde oder militärisches Nachbasteln verliert damit an Bedeutung. In diese außenpolitische Maxime müssen ökologische und verteilungspolitische Maßnahmen ausdrücklich eingeschlossen werden. So kann die europäische Staatengemeinschaft Beiträge zum Abbau von Konfliktformationen leisten, misst ihre Werte nicht mit zweierlei Maß und gewinnt zusätzliche Attraktivität in der Welt.

Auf dem Weg der Debatte ist das Wesen der heutigen EU nicht sakrosankt. Auch ihre Institutionen und zur Ideologie gewordenen neoliberalen Denkansätze können nicht über alle Zweifel erhaben sein. Im Zentrum steht dabei die banal klingende Frage: Welche Instrumente und Institutionen sichern das Wünschenswerte und sind Triebfedern des menschlichen Fortschritts?

Das aktuelle rot-schwarze [Regierungsprogramm](#) führt aus, dass Österreich gefordert ist, „auf Grundlage der Neutralität und in enger Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern für europäische Solidarität und globalen Frieden einzutreten.“ Dafür sind auch Akteure außerhalb der EU zu suchen. Entsprechende gesamtstaatliche Vorschläge und internationale Initiativen aus Österreich wären als Beitrag gegen ein demokratiepolitisch gefährliches Kerneuropa zu verstehen.

Zurück zum Schnapsladen

Buttert der Betrunkene vor dem Schnapsladen die paar Euro in Hochprozentiges? Vielleicht geht der zum Greißler für ein Gebäck und einen Apfel? Man kann auch den Kopf einziehen und nichts tun. Natürlich kann man den Betrunkenen etwas geben. Man muss – wie bei einer Vergemeinschaftung von Kompetenzen – gewährleisten, dass der Empfänger das Richtige tut. Kompetenzverlagerung ist ein Instrument, keine Zielsetzung. Wer sich nicht wegdrückt und einem weiteren Besäufnis vorbeugen will, investiert neben den

drei Euro auch drei Minuten. Um nebenan einzukaufen und Sinnvolles zu geben. Das setzt klare Werte voraus und ein dementsprechend konsequentes Handeln. Wer Abrüstung will, soll abrüsten. Wer nicht will, dass andere verhungern, soll geben oder zumindest weniger nehmen. Wer Frieden will, soll nicht militärische Sicherheit und Interventionismus predigen. Und aufhören, politische Blankoschecks auszustellen.

Quelle:

Roithner Thomas: Kleiner Wert, großer Preis, doppelter Standard. EU – Wohin gehst du?, in: Neue Zürcher Zeitung, Österreich, nzz.at, <https://nzz.at/club/troithner/kleiner-wert-grosser-preis-doppelter-standard> (direkt anwählbar mit <https://nzz.at/s/YcrV2-tzMB>), 26. August 2015, Wien 2015.



Thomas Roithner, NZZ-Autor

Thomas Roithner ist Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Friedensforscher und Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Das gebürtige Stahlstadtkind lebt in Wien und forscht zur Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Militär- und Friedenspolitik Österreichs und der EU.

www.thomasroithner.at, www.nzz.at